Nr. 42 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 21

Abend-Ausgabe

Groß-Berlin 40 Pf.
auswärts 50 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 60,— M., monatl. 20,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20,— M. einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich-Ungarn und Luxemburg 54,— M., für das übrige Ausland 72,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich-Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die zehngespaltene Kompareszeile kostet 9,— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,50 M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 4,— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Mittwoch, den 25. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Wirths Schicksalstag.

Heute muß es sich entscheiden, ob die Steuerverständigung zu stande kommt und Wirth bleibt, oder ob sie scheitert und Wirth fällt. Diese Entscheidung liegt in hohem Grade beim Reichskanzler selbst, der noch immer bei den Parteien eine sehr starke Stellung hat und der vielleicht nur schon zu lange gezögert hat, sich mit seiner Person für eine bestimmte Lösung einzusetzen. Es war entschieden ein Fehler, daß der Reichskanzler den Parteien sagte, er könne seine Erklärung im Reichstag erst abgeben, wenn sie sich über die Steuern geeinigt hätten. Viel richtiger wäre es gewesen, wenn er mit einem eigenen festen Programm an sie herangetreten wäre und ihnen erklärt hätte, mit diesem Programm werde er in offener Reichstagssitzung stehen oder fallen.

Die Gegensätze zwischen den Parteien sind so groß, daß ohne das Eingreifen eines Mannes, der auf beiden Seiten Vertrauen genießt, eine Verständigung kaum möglich ist. Es geht dabei nicht nur um ein Mehr oder Weniger der Besitzbelastung, um Abstriche oder Zuschläge bei den Verbrauchssteuervorlagen. Jedermann in Deutschland weiß, daß die Verbraucher um schwere Lasten nicht herumkommen, und daß auch die Besitzenden noch zu viel erheblicheren Opfern als den bisherigen genötigt sein werden. Hier würde sich eine Linie der vorläufigen Verständigung finden lassen, wenn nicht über die bisherige Politik der Regierung selbst, die Erfüllungspolitik schwere Meinungsverschiedenheiten beständen.

Die Sozialdemokratische Partei steht auf dem Standpunkt, daß Deutschland in Ausführung der Erfüllungspolitik von sich aus alle möglichen Anstrengungen machen müsse, um seinen guten Willen zu beweisen und seine Zahlungsfähigkeit nach außen auf den höchsten Grad zu bringen. Erst unter Hinweis auf die Vollständigkeit dieser Anstrengungen kann ihrer Ueberzeugung nach die deutsche Regierung gegen tatsächlich unmögliche und unausführbare Forderungen Einspruch erheben mit der Aussicht, ihn auch durchsetzen zu können. Die bürgerlichen Parteien dagegen neigen immer mehr zu der bedenklichen Auffassung, Deutschland dürfe der Entente nichts „auf dem Präsentierteller entgegenbringen", es müsse also vielmehr immer erst einen entsprechenden Druck von außen abwarten, um sich zu den Maßregeln zu bequemen, die zur Erfüllung seiner Verpflichtungen notwendig sind.

Die bürgerlichen Parteien scheinen nicht zu bemerken, daß sie durch diese Taktik den schlimmsten Gegnern Deutschlands Vorschub leisten, daß sie mit ihr die gefährliche These stärken, aus Deutschland sei nichts herauszuholen ohne einen fortgesetzt ausgeübten äußeren Druck. Würde sich die Sozialdemokratie der bürgerlichen Taktik ohne weiteres anschließen, so kämen wir in Gefahr, wieder einmal eine halbe Politik zu treiben, eine Politik der Diagonale zwischen Erfüllungspolitik und passiver Resistenz. Eine solche halbe Politik ist in Deutschland während des Krieges getrieben worden, da die leitenden Staatsmänner immer die Diagonale zwischen Annexions- und Verständigungsfrieden suchten — mit welchem Erfolg, das weiß man.

Sehr merkwürdig ist nun an der Politik der bürgerlichen Parteien, daß sie anscheinend meinen, man könne zwar auf dem Gebiet der Verbrauchsbesteuerung der Entente aus freien Stücken entgegenkommen, müsse aber auf dem der Besitzbelastung Zurückhaltung üben und sich hier das Unvermeidliche erst abnötigen lassen. Es ist begreiflich, daß die Sozialdemokratie, die sich als die Vertreterin der breiten verbrauchenden Massen fühlt, für diese Art der Unterscheidung kein Verständnis aufbringen kann.

Immer wieder tritt in den Betrachtungen der bürgerlichen Presse die Auffassung hervor, daß der Vertrag von Versailles der Entente den Zugriff nur auf das öffentliche Eigentum, nicht aber auf das Privateigentum gestatte. Das ist richtig und falsch zugleich. Die Entente kann nicht die Fabrik des Herrn X. oder das Landgut des Herrn Y. zugunsten des Reparationskontos versteigern lassen; aber sie kann von Deutschland die Maßnahmen verlangen, die notwendig sind, um ihre Forderungen sicherzustellen. Die Fähigkeit des Staates, Verpflichtungen zu übernehmen, beruht auf seinem Recht, von seinen Bürgern Abgaben einzutreiben, und von diesem Recht muß er Gebrauch machen, wenn er sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, daß er sich seinen Verpflichtungen entziehe.

Der Kampf im Reichstag geht also im Grunde um nichts anderes, als um die Politik selbst, die in den letzten acht Monaten geführt wurde und die mit dem Namen des Reichskanzlers Wirth aufs engste verknüpft ist. Was die Sozialdemokratie will, ist nichts anderes als die geradlinige Fortführung dieser Politik. Was die bürgerlichen Parteien unter Führung der Deutschen Volkspartei bewußt oder unbewußt betreiben, ist ein Abbiegen von ihr, das logischerweise zum Sturz des Kabinetts Wirth, zum Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Regierung und zu einer starken Schwenkung des gesamten außen- und innenpolitischen Kurses führen muß.

Wollen die bürgerlichen Parteien das wirklich? Man hat den Eindruck, daß zwar einzelne Politiker bewußt auf dieses Ziel hinsteuern, daß aber sehr viele eine solche Fahrt ins Ungewisse nur mit bangen Gefühlen mitmachen würden. Auch sie wären dem Reichskanzler dankbar, wenn er — nach allzu langem Zögern — noch im letzten Augenblick den Wagen herumrisse, noch bevor er zerschellt.

Die Aussicht auf einen Sturz der Regierung ist unter den gegenwärtigen Umständen für alle, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, äußerst drückend. Sie wird noch drückender durch das Bild, das diese Krise darstellt, denn wieder einmal handelt es sich um eine Krise hinter den Kulissen, wieder einmal soll sich das Schicksal der Regierung in Verhandlungen entscheiden, die hinter verschlossenen Türen geführt werden. Herr Wirth hat einmal nach der kopflosen Oberschlesien-Krise geäußert, er werde nicht anders fallen als in offener Feldschlacht, das heißt in einer Abstimmung des Reichstags. Noch immer bleibt ihm der Weg zum Reichstag, den er zur Gefolgschaft zwingen oder als ehrenvoll Besiegter verlassen kann, um einmal als Sieger wiederzukehren. Der Abgang im Dunklen aber führt ins Dunkle und nicht nicht wieder aus ihm heraus.

Herr Wirth legt heute seine entscheidende Prüfung als Staatsmann ab. Im Interesse unseres Landes, das Staatsmänner braucht, wollen wir hoffen, daß er sie besteht!

•

Zentrum, Demokraten, Deutsche und Bayerische Volkspartei hielten heute vormittag eine gemeinsame Besprechung ab. Hierbei geriet der Plan einer gesetzlichen Kredithilfe, wie wir ihn heute morgen hier andeuteten, wieder in den Hintergrund. Auch der Gedanke der sofortigen Einziehung beider noch ausstehender Drittel des Reichsnotopfers scheint wieder fallengelassen zu sein. Dagegen beschäftigte man sich wieder mit der Idee einer Zwangsanleihe in der ursprünglich vorgeschlagenen Form.

Mittags sprachen Sozialdemokraten und Unabhängige gemeinsam beim Reichskanzler vor. Die sozialdemokratische Fraktion tagt wieder um 3 Uhr nachmittags, um 5 Uhr abends ist wieder interfraktionelle Besprechung.

Belgien und die Reparationen.

Brüssel, 25. Januar. (WTB.) In der Kammer gab der Ministerpräsident eine Erklärung ab, in der er ausführte: Wir mußten in Cannes die Frage des Zahlungsaufschubes prüfen. Die deutsche Abordnung kam zu Worte. Es war in Cannes unmöglich, den Eindruck, den das Londoner Memorandum gemacht hatte, zu beseitigen. Die Sachverständigen erkannten einstimmig, daß man Deutschland für das Jahr 1922 Erleichterungen gewähren müsse, aber gegen neue Sicherheiten. Es ist in der Tat erforderlich, daß, damit diejenigen Länder, die auf Reparationen ein Anrecht haben, die ihnen zukommenden Entschädigungen von Deutschland erhalten können, Deutschland selbst einen gewissen Grad des Wohlstandes zurückgewinnen vermöge.

Was die belgische Priorität betrifft, so zeigte sich die belgische Regierung immer fest entschlossen, auf deren gewissenhafte Beachtung zu bestehen. Wir gingen nach Cannes mit dem Bewußtsein unserer schweren Verantwortung. Nach zahlreichen Erörterungen hatte man sich im Augenblicke des Rücktritts Briands auf den Plan geeinigt, die Barzahlungen Deutschlands für 1922 von 500 auf 720 Millionen zu erhöhen, wovon 130 bis 140 Millionen das Defizit des Besatzungsheeres decken sollten. Belgien sollte die übrigen 550 Millionen auf Grund seiner Priorität erhalten, an Stelle der in London in Aussicht genommenen 250 Millionen. Wir hatten noch einen weiteren Punkt der Verständigung, wonach Frankreich dem Wiesbadener Abkommen gemäß einen großen Teil der notwendigen Materialien erhalten soll, um die Wunde seiner verwüsteten Gebiete zu heilen.

Arbeitervertreter nach Genua eingeladen?

Paris, 25. Januar. (WTB.) Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple" glaubt zu wissen, daß der italienische Ministerpräsident Bonomi an alle zur Konferenz von Genua eingeladenen Regierungen appelliert habe, in ihre Delegationen einen Vertreter der Arbeiterbewegung und einen Genossenschaftsvertreter mit aufzunehmen.

Keine Militärbündnisse mehr ist bekanntlich eine der Grundbedingungen von Versailles. Darum verhandeln jetzt auch Rumänien, Südslawien und Griechenland über eine Militärkonvention.

Dollar 204.

Heute fand an der Berliner Börse ein offizieller Verkehr nur in Devisen und Noten statt. Um die Mittagsstunde war das Gerücht verbreitet, daß das Steuerkompromiß zustandegekommen sei. Daraufhin setzte ein Rückgang der Devisenkurse ein. Dollarnoten wurden um ½1 Uhr mit 204 bis 204½ gehandelt.

Für deutsche Wiederaufbauarbeit.

Der Aktionsausschuß für die verwüsteten Gebiete, dem eine Reihe von linksstehenden Abgeordneten aus den zerstörten Gebieten angehört, hat eine Tagesordnung angenommen, in der er feststellt, daß die im Budget vorgesehenen Summen den Bedürfnissen nicht entsprechen und daß im Jahre 1922 der Wiederaufbau in ebenso beschränktem Maße fortschreiten und ebenso unsicher sein werde wie vorher. Deutschland müsse in kürzester Frist veranlaßt werden, Material und Arbeitskräfte zu stellen. Seit der Sozialistenkonferenz von Frankfurt wüßten die Behörden, daß die deutschen Arbeiter in der Form von Gilden, die immer zu niedrigeren Preisen arbeiteten als Privatunternehmungen, am Wiederaufbau teilnehmen wollten. Der Ausschuß wird eine Unterredung mit dem Minister für die befreiten Gebiete, Reibel, nachsuchen, um ihm zu erklären, daß außer den privaten Interessen nichts der Einrichtung der Gilden in den zerstörten Gebieten entgegenstehe.

Der kronprinzliche Harem.

Vom Gericht als wahr unterstellt.

Daß ein Gerichtshof im Deutschen Reich als wahr unterstellt, daß der frühere deutsche Kronprinz in seinem Hauptquartier einen Harem von Dirnen beherbergt habe, dürfte vielleicht Erstaunen erregen. Freilich erklärt sich dieser Verfall ganz zwanglos. Vor dem Landgericht Frankfurt a. d. O. als Berufungsinstanz hatte sich am 23. Januar Genosse Redakteur Kurt Lehmann wegen Beleidigung des Offizierskorps des alten Heeres und der Reichswehr zu verantworten. Gegenstand der Anklage war ein Artikel zum 9. November, der auf die „saufende, hurende und fressende Offiziersmeute" in der Etappe hinwies.

Der Angeklagte trat durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Falkenfeld, einen außerordentlich umfangreichen Wahrheitsbeweis an. Er benannte über 1500 Zeugen für die Zustände in der Etappe, außerdem legte er zahlreiche Urkunden, Speisekarten aus Offizierskasinos und dergleichen zum Beweis des Etappenlebens vor. Das Gericht hatte eine heilige Scheu, in diese Beweisaufnahme einzutreten, die so ganz und gar nicht der Absicht der Anklage entsprochen hätte, das Offizierskorps in Schutz zu nehmen. Es wußte sich zu helfen, indem es sämtliche vom Verteidiger gestellten Beweisanträge kurzerhand als wahr unterstellte. Unter diesen Beweisanträgen befand sich u. a. auch die Behauptung, die in dem Buch eines bürgerlichen Politikers, „Die Tragödie Deutschlands" (Verlag Duncker u. Humblot) aufgestellt ist:

> Die Offiziere gaben der Mehrzahl nach nur ein Beispiel besonderer Zügellosigkeit. Der deutsche Kronprinz beherbergte einen Harem von Dirnen in seinem Hauptquartier, die Bordelle für Offiziere überschwemmten die Etappe.

Ferner behauptet die Verteidigung, der ehemalige Kronprinz habe ein in seinem Etappenort wohnendes unbescholtenes junges Mädchen zu seiner Dirne gemacht, und die empörten Eltern des Mädchens aus dem Dorf abschieben lassen. All das wurde von dem Gericht kurzerhand als wahr unterstellt, eine nähere Beweisaufnahme hielt es nicht für nötig. Nicht gerade sehr ehrenvoll für den Exkronprinzen!

Man hätte eigentlich meinen müssen, daß nach dieser Wahrheitsunterstellung das Gericht zu einer Freisprechung des Angeklagten gekommen wäre. Aber weit gefehlt! Mit der kniffligen Begründung, daß es ein besonderes Etappenoffizierskorps nicht gegeben (!) habe, daß also durch die Behauptung des Angeklagten auch die Frontoffiziere mit beleidigt (!!) seien, von denen jeder, wenn auch nur für kurze Zeit, einmal in die Etappe gekommen sei (!!), verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 1500 Mk. Geldstrafe. Der Staatsanwalt Jastrow hatte 3 Monate Gefängnis oder 150 000 M. Geldstrafe (!) beantragt. Gegen das Urteil ist Revision angemeldet. Bezeichnend an der Sache ist, wie das Gericht die Erhebung eines ihm peinlichen Beweises vermeidet, indem es alle Behauptungen des Angeklagten als wahr unterstellt, diesen dann aber trotzdem verurteilt!

Der preußische Haushaltsplan.

Preußischer Landtag. 93. Sitzung. 25. Januar, 10 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Einbringung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1922 durch den Finanzminister.

Preußischer Finanzminister Dr. v. Richter:

Nachdem der Landtag erst im Dezember v. J. den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 erledigt hat, kann ich heute dem Hause den Haushaltsplan für das begonnene Rechnungsjahr 1922 vorlegen. Ich stelle mit Freude fest, daß wir uns wieder dem Zustande nähern, den die Verfassung als regelmäßig ansieht, dem Zustande, wonach der Haushaltsplan vor Beginn des Rechnungsjahres fertiggestellt sein soll. Eine rechtzeitige Einbringung und rechtzeitige Erledigung des Haushaltsplanes ist die notwendige Voraussetzung für eine ordnungsmäßige Staatswirtschaft.

Es war das Bestreben der Finanzverwaltung, den neuen Haushaltsplan so zu gestalten, daß die Kenntnis und das Verständnis des Haushaltsplanes

nicht mehr eine Geheimwissenschaft

für einige wenige Interessierte bleibt, sondern daß jeder in der Lage ist, aus diesem Plane ein klares Bild der preußischen Staatswirtschaft zu gewinnen. Ich glaube, daß die Verbesserungen in dieser Beziehung außerordentlich vorteilhaft sind. Wenn Sie jetzt den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922 lesen, so finden Sie ohne weiteres die Möglichkeit, einen Vergleich zwischen dem früheren und dem jetzigen Zustande anzustellen. Mit der Aufstellung dieses Haushaltsplanes ist begonnen worden zu einer Zeit, als der Haushaltsplan für 1921 im Landtage noch nicht zu Ende beraten war. Die bei dieser Beratung von dem Hause gegebenen Anregungen und Beschlüsse konnten daher bei der Aufstellung des neuen Haushaltsplanes nicht berücksichtigt werden. Die Regierung ist mit möglichster Sparsamkeit bei der Aufstellung des Etats vorgegangen. Der neue Etat schließt in Einnahmen und Ausgaben mit

über 29 Milliarden Mark

ab. Das bedeutet gegenüber dem Rechnungsjahre von 1921 eine Steigerung von 3519 Millionen Mark und gegenüber dem Rechnungsjahre 1920 eine Steigerung von 12 120 Millionen Mark. Im Vorjahre ist eine Verbesserung bei den Betriebsverwaltungen in Höhe von 304 Millionen Mark zu verzeichnen; dennoch ergibt sich infolge der Entwicklung der Verhältnisse eine Verschlechterung von 780 Millionen Mark. Zwar ist die Deckung aus Reichsmitteln erfolgt, aber sie ist nur vorläufiger Natur. Für das Rechnungsjahr 1920 wurde der Betrag der Reichseinkommensteuer mit 12 Milliarden zugrunde gelegt. Dieser Betrag ist wohl zu niedrig angenommen; es wird mehr eingekommen sein. Wir haben ihn daher auf 16 Milliarden angenommen. Dennoch bleibt ein großer Teil ungedeckt. Wir mußten in diesem Etat Posten berücksichtigen, um dem Reich die gezahlten Beträge zurückzuerstatten. Das Rechnungsergebnis für 1921 schließt

nicht besser ab als das für 1920.

Der Haushaltsplan für 1921 konnte bekanntlich nur balanciert werden, indem vom Landtag ein Posten von 2,4 Milliarden aus der Erhöhung steuerlicher Einnahmen eingestellt wurde. Das macht der Rechenkunst des Landtages alle Ehre, aber von diesen 2,4 Milliarden ist vom Landtage auch nicht ein einziger Pfennig Steuern bewilligt worden. In Wirklichkeit fehlen diese 2,4 Milliarden. Sie müssen herbeigeschafft werden. In den Haushaltsplan für 1921 sind die Ueberweisungssteuern aus dem Reich, Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Umsatzsteuer mit den Beträgen eingesetzt worden, die seinerzeit im Reichshaushaltsplan figurierten. Inzwischen haben sich diese Zahlen außerordentlich verschoben. Wenn die von der Reichsfinanzverwaltung angenommenen Mehrerträgnisse wirklich erreicht werden, so wird sich daraus für Preußen eine Verbesserung um 2225 Millionen Mark ergeben. Dieser Verbesserung stehen aber auf der anderen Seite außerordentlich hohe Mehrausgaben gegenüber, insbesondere die, die durch Verbesserung der Beamtenbesoldungen verursacht werden. Wir haben immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die Gehälter der preußischen Beamten denen der Reichsbeamten gleich sein sollen, wir sind daher genötigt, die im Reiche seit dem 15. Oktober 1921 eingetretene Erhöhung der Beamtenbezüge auch für Preußen durchzuführen. Diese Erhöhung wird voraussichtlich drei Milliarden Mark betragen, wovon 2,3 Milliarden auf 1921 entfallen. Im ganzen bleibt ein Fehlbetrag von 2,4 Milliarden. Wir hoffen, davon etwa 1500 Millionen Mark durch nachträgliche Steuereingänge decken zu können. Immerhin bleibt

ein ungedeckter Betrag von beinahe einer Milliarde.

Damit hat sich die schwebende Schuld Preußens auf 2,6 Milliarden erhöht. Für den Haushaltsplan für 1922 stellt sich der preußische Anteil aus Reichssteuerüberweisungen auf 3810 Millionen Mark, das bedeutet gegenüber 1921 ein Plus. Dieses Plus vermindert sich durch erwachsende Mehrausgaben auf 1,3 Milliarden und dieser Betrag reicht nicht aus, um das Defizit aus 1921 von 2,4 Milliarden zu decken. Es bleibt noch rund 1 Milliarde, für die irgendwoher Deckung geschaffen werden muß. Ich will im Augenblick nicht näher auf den Gesetzentwurf eingehen, der von der Regierung zu diesem Zwecke ausgearbeitet ist und dem Hause bereits vorliegt. Ueber diese Vorlage (die Grundsteuer) wird am Sonnabend ausführlicher zu reden sein.

Der neue Staatshaushaltsplan 1921/22 schließt Einnahmen und Ausgaben, wie schon erwähnt, mit 29 Milliarden ab. Bei den Einnahmen haben wir zunächst mit einem erheblichen Mehr aus den Reichsüberweisungssteuern zu rechnen. Andererseits machen sich die Folgen der Geldentwertung erhöht fühlbar. Die Steuerquellen, die den Ländern und Gemeinden geblieben sind, sind leider sehr beschränkt. Ein Grund mehr, der Frage näher zu treten, ob wir nicht noch in ganz anderem Maße als bisher

die uns gebliebenen Steuerquellen

dem vermehrten Bedürfnis dienstbar machen müssen. An sich ist das Reich nicht in der Lage, Vorschüsse an Länder und Gemeinden zu zahlen, vielmehr macht das Reich die Entrichtung derartiger Vorschüsse zur Deckung des staatlichen oder kommunalen Finanzbedarfs von der Unterwerfung unter die Ihnen bereits bekannten Bedingungen abhängig. (Der Finanzminister verliest die vorjährigen Reichsrichtlinien darüber.) Das Reich kann aus eigenen Kassen die von den Gemeinden und Ländern beanspruchten Mittel nur zur Verfügung stellen, wenn es die Gewißheit hat, daß die zu Unterstützenden ihre Einnahmequellen voll ausschöpfen und andererseits die größte Sparsamkeit üben. In der letzten Zeit ist eine bedeutende Differenz zwischen der Besoldung von Staats- und Gemeindebeamten bemerkbar geworden. Ich bin der Ansicht, daß eine Reihe von Gemeinden nicht immer das nötige Maß in ihrer Finanzpolitik eingehalten haben, welches unter Berücksichtigung der ernsten Lage der Finanzen sowohl der Gemeinden als auch der Länder zu empfehlen war. (Sehr richtig!) Ich stehe aber nicht auf dem Standpunkt, daß eine Gleichstellung zwischen Staats- und Gemeindebeamten zu fordern ist, unter keinen Umständen darf verkannt werden, daß die leitenden Beamten in den größeren Gemeinden ein größeres Maß von Verantwortung tragen als dies bei einer gleichen Stellung im Staatsdienst der Fall ist. Daher müssen die Männer, die für die nötige Deckung und Herbeischaffung des Bedarfs verantwortlich sind, Kräfte ersten Ranges sein. Selbstverständlich müssen dann auch solche Beamte entsprechend besoldet werden. (Sehr richtig!) Aber von diesen Ausnahmen spreche ich nicht, sondern von der großen Menge. Weite Kreise unserer Staatsbeamten haben den Eindruck, daß eine gleiche Tätigkeit, wie sie sie ausüben,

bei den Gemeinden höher bezahlt

wird als im Staate. Das Reich verlangt von uns, daß wir von dem Sperrgesetz Gebrauch machen. Bei der Auslegung der einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes ist es bereits zu Streitigkeiten gekommen. Ich habe dem Landtag einen Landesschiedsgerichtsentwurf vorgelegt und hoffe, daß er bald verabschiedet werden wird. Die Uebereinstimmung über die von mir geäußerte Anschauung, daß viele Gemeinden nicht das Maß eingehalten haben, das notwendig war, ist auf einer Konferenz, die sich mit diesen Fragen neulich beschäftigte, zum Ausdruck gekommen. Insbesondere waren es Sozialdemokraten, auch Unabhängige und Demokraten, die dieses zum Ausdruck brachten. Ich gönne jedem Beamten, ganz gleich, ob er Staats- oder Kommunalbeamter ist, das, was ihm auf Grund seiner Tätigkeit zukommt. Als Finanzminister muß ich aber darauf sehen, daß die Finanzpolitik der Gemeinden nicht die Interessen der Staatsbeamten beeinträchtigt. (Sehr richtig!) Ich habe die Pflicht, die Sparsamkeit bei den Finanzen zu wahren. Ohne die Selbständigkeit der Gemeinden anzugreifen, muß ich aus Gerechtigkeitsgründen darauf aufmerksam machen. Im neuen Etat sind

wichtige Mehrausgaben

vorgesehen. 920 Millionen Mark für die Schutzpolizei, 200 Millionen für das Finanzministerium, über 200 Millionen für Kunst und Wissenschaft, fast 200 Millionen für Volkswohlfahrt, 80 Millionen für Handel und Gewerbe, 81 Millionen für die Landwirtschaft und dazu kommen noch die Bedürfnisse der allgemeinen Finanzverwaltung. Die außerordentliche Steigerung der Bedürfnisse des Staatshaushaltes und der Staatsverwaltung hat selbstverständlich der Staatsregierung die Frage vorgelegt: Wie können wir diesen hohen Ausgaben die nötigen Einnahmen gegenüberstellen? Nach Einführung der neuen Reichssteuerordnung ist die Möglichkeit für die Länder, sich neue Einnahmen zu schaffen, außerordentlich gering. Nach der jetzigen Steuerordnung sind Länder und Gemeinden zu Kostgängern des Reiches geworden. Das Reich ist durch seine Steuerhoheit in der Lage, sich diese Einnahmen zu verschaffen. Der

Zuschlag zur Einkommensteuer

ist für die Länder unumgänglich. Dieses ist aber in der Tat eine wesentliche politische Frage. Ich habe die Ueberzeugung, daß das Reich sich nicht der Notwendigkeit in dieser Hinsicht verschließen kann und noch zu weiteren Zugeständnissen kommen muß. Andererseits glaube ich aber nicht, daß das Reich in der Lage sein wird, auf Einnahmen seines eigenen Haushaltes zugunsten der Länder und Gemeinden zu verzichten. Hinzu kommt die Schwierigkeit der augenblicklichen politischen Verhältnisse im Reiche. Trotzdem können und wollen wir dieses Ziel nicht aus dem Auge verlieren. Ein anderer Punkt ist die Gestaltung der staatlichen Betriebsverwaltung. Man bekommt einen gelinden Schrecken, wenn man das

große Mindererträgnis dieser staatlichen Betriebe

sieht. Daß diese Mindererträge zu einer Zeit eintreten, wo im Privatbetrieb außerordentliche Ueberschüsse erzielt werden, erregt Befremden. Im Hauptausschuß wird darüber zu reden sein. Ich habe den Eindruck, als ob in den staatlichen Betrieben zu sehr das „Staatliche" und zu wenig der „Betrieb" betont worden ist. Wir müssen zu einer lebendigeren Betriebsverwaltung nach kaufmännischen Grundsätzen kommen. (Zuruf von den Kommunisten: Die alten Gehirnräte müssen an die Luft gesetzt werden!) Der Betrieb muß losgelöst werden von gewissen Fesseln des Etats. An tüchtigen Personen herrscht kein Mangel. Wir werden uns nach und nach diese Kräfte zu eigen machen. Natürlich hat ein staatlicher Betrieb gewisse höhere Verpflichtungen. In Erwägung zu ziehen ist auch die Erhöhung der Gebühren, besonders der Verwaltungsgebühren. Preußen hat zu den Kriegskosten 2 Milliarden geleistet, davon ist noch nicht eine Mark zurückerstattet. (Hört! Hört!) Dieser Zustand ist auf die Dauer unerträglich. Der letzte Etat hat einen Mindererertrag von rund einer Milliarde. Mit Sicherheit ist anzunehmen, daß wir diesen Mindererertrag weiter mit uns schleppen müssen, wenn es nicht gelingt, hier eine grundsätzliche Aenderung zu treffen. Die ernste Lage, in der sich Preußen finanziell befindet, läßt sich natürlich nicht einseitig von Preußen selber beheben. Die Vermehrung der schwebenden Schuld und damit der schlechte Stand unserer Währung ist dadurch unvermeidlich. Die schwebende Schuld des Reiches ist im Jahre 1921 auf 247 Milliarden gewachsen. Von den laufenden Ausgaben des Reiches wird nur die Hälfte durch laufende Einnahmen gedeckt. Der Dollar stand kurz vor dem Londoner Diktat noch auf 62. Er hat sich sprunghaft bis über 300 erhoben. Er ist dann bis zu einem gewissen Grade wieder gefallen, hat aber jetzt wieder die Höhe von 210 erreicht. Unsere Papiermark ist also seit dem Londoner Diktat

um mehr als das Dreifache entwertet

worden. Nehmen Sie dazu die wachsenden Ziffern der Arbeitslosigkeit in England, Amerika und der Schweiz. Alles das läßt die Ueberzeugung immer mehr durchdringen, daß die Wirtschaftspolitik aller Staaten des Erdballs unauflöslich zusammenhängt. In England zuerst hat man erkannt, daß man einen so wichtigen Teil wie das Deutsche Reich nicht von der allgemeinen Wirtschaftspolitik loslösen kann, ohne damit der Gesamtheit zu schaden. Auch aus den letzten Reden von Lloyd George tritt der Gedanke immer sichtbarer hervor, daß eine gewisse Wirtschaftsharmonie und Interessengemeinschaft zwischen den verschiedenen Völkern der Erde besteht und bestehen muß. Ich rechne weder in der allgemeinen noch in der Wirtschaftspolitik mit Sympathien und Antipathien. Ich rechne aber mit dem gesunden Menschenverstand und glaube, daß das eigene Interesse die Länder dazu führen wird, zu erkennen, daß die jetzt bestehenden Zustände schließlich auch das eigene Vaterland zu den allerschwersten Schädigungen führen müssen. Ich verweise auf die neuesten Nachrichten aus Amerika, die die Lösung zweier Hauptprobleme, die Abänderung der deutschen Reparationsverpflichtungen auf Grund der wirklichen Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die Frage der Landabrüstung vor Genua entschieden wissen wollen. Auch eine Verringerung der Reparationsleistungen wird noch nicht endgültig helfen. Erst muß sich die Ueberzeugung durchsetzen,

daß Deutschland gleichberechtigt

im Kreise der anderen Nationen ist. (Lärmende Unterbrechungen der Kommunisten.) Wir wollen die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht fahren lassen. Im Vordergrunde muß stehen der Grundsatz der Sparsamkeit. Der zweite Grundsatz muß sein: Keine Ausgabe ohne Deckung. (Lebhafter Beifall.)

Donnerstag, 11 Uhr: Kleine Vorlagen; Aussprache zum Haushalt. Die Redezeit ist auf 1½ Stunden festgesetzt. Schluß 5¼ Uhr.

Der Stammtisch.

Von Gustav Gidim.

Seit Monaten findet man regelmäßig in einem amtlichen hessischen Provinzblättchen folgendes Inserat: „Deutschnationaler Stammtisch tagt .... bei ...."

Da versammeln sich dann nächtlicherweile die deutschnationalen Helden um den eirunden Tisch und machen geräuschvoll in hoher, höchster und „allerhöchster" Politik. Hier an diesem Stammtisch werden dann die größten Schlachten geschlagen, Minister gestürzt und Könige gekrönt.

Mit dem M . . .!

Warum sollte man euch, deutschnationale Helden, auch dieses Vergnügen mißgönnen! Seid ihr doch von Jugend auf dazu erzogen, ganze Völkerscharen mit dem M . . . zu vernichten, hinter dem Vollbierkrug „Gewaltfrieden" zu diktieren, Länder zu annektieren und euch schließlich unsterblich zu blamieren.

Und wenn euch bei „Rundgesang und Gerstensaft" dann der so selten gefühlte Mannesmut warm überläuft — es lebe die Etappe — und ihr den Mund zu voll nehmt, auf den Sattler Ebert schimpft, weil es euch als Skandal erscheint, daß ein einfacher Arbeiter mehr wissen und können soll als „alte gelehrte Häuser" mit Sprüngen an der Vorderfront, dann .... ja dann kommt ihr dem nüchternen Gast, der einsam am anderen Tisch sitzt, vor wie ein Arenabild aus Sarrasani. Wie Clowns, die sich auf hohem Seil produzieren und Kalauer erzählen.

Denn die Vernunft und menschliches, soziales Gefühl sitzen nicht an eurem Stammtisch zu Gast. Eure Gehirnganglien im Oberstübchen sind autohypnotisch beherrscht von dem Dünkel: „Wir müssen wieder die Herren sein. Die anderen, die Knechte, die froh sein müssen, uns die Stiefel putzen zu können."

Wenn ihr euch dann berauscht in euer molliges Ehestübchen begebt, berauscht selbstverständlich nicht vom Wein und vom Vollbier, sondern von dem Ueberschwang eures Redeschwalls, dann seid ihr glücklich und betet inbrünstig vor eurem Hausheiligenbildnis in schönem Buntdruck — dem Landesflüchtigen von Doorn oder dem großen Ludendorff — euer christliches Nachtgebet von dem kleinen Herzen, das zu Gott und Christus fleht, er möge doch das „Gottesgnadentum" wieder in Deutschland einführen und die Juden und ihre Stämmlinge nach Palästina entführen.

Noch im Schlafe träumt unser Held von Kapp und Lüttwitz und Heffterich, von neuem Sozialistengesetz und vom Abbau der Löhne.

Im „Schwanen hatte der Herr Wirt mittlerweile die letzten Reste des deutschnationalen Stammtischabends beseitigt. Die Bierdeckel aus Pappkarton, die der Herr Leutnant der Reserve mit „Nieder mit der Republik, Hoch Seine Majestät Wilhelm der Zweite" und anderen geistreichen Aussprüchen bekritzelt hatte, flogen in die Ofenglut. Dann nahm er einen dicken Blaustift, ging hinaus auf den Flur an die Tür, wo „Für Herren" steht, und durchstrich mit großen dicken Zügen „Die Judensau von Rathenau", die ein anderer deutschnationaler Held an die Wand gemalt hatte. Dann nahm der Wirt einen Eimer Wasser, und schwemmte die letzten Reste der „Wiederaufbauer" in die Gosse, die selbst durch den langen Schlaf bis in die späten Morgenstunden hinein vom „deutschnationalen Stammtisch" sich zu neuem „Wiederaufbau" erholten.

*

Derartige „Wiederaufbau-Stammtische" gibt es überall — in Groß- und Kleinstädten — dort, wo Reserveoffiziere a. D. nicht mehr nach Belieben die Herren im Hause spielen können und wo ihnen die „Futterkrippe" etwas höher gehängt wurde.

So sehen die „deutschnationalen Stammtische" in harmloser, humoristischer Beleuchtung aus. Es gibt aber auch gefährliche Stammtischrunden, die Ausgangspunkte sind für Orgesch, Jung-Deutschen-Orden und Kapp-Verbrecher.

Darum, lieber Genosse, ist es förderlich, der stille Gast am Nachbartisch zu sein. Denn nur wer die Waffen seiner Gegner kennt, kann sie wirksam bekämpfen.

Der norwegische Bildhauer Stefan Sinding ist im 76. Lebensjahre in Paris gestorben. Er hatte in Deutschland, speziell in Berlin, die entscheidenden künstlerischen Einflüsse erlebt, die des akademischen Epigonentums, das griechische Vorbilder nachahmte. Später kamen Pariser Eindrücke dazu, und so wurde Sinding der bekannteste Vertreter der norwegischen Plastik, ohne bestimmte nordische Eigenart, international verschwommen. Sinding hatte auch in Deutschland, wo er sich gern aufhielt, seine Verehrer. Am bekanntesten sind seine Gruppen „Zwei Menschen", „Die Walküre", „Gefesselte Mutter", „Anbetung" geworden. Für das Nationaltheater in Kristiania modellierte er die Statuen Björnsons und Ibsens. Die staatlichen Museen von Kopenhagen und Kristiania besitzen Sindings Hauptwerke.

Nikisch als Dirigent. Ueber seine Ziele und Absichten beim Dirigieren hat sich Arthur Nikisch schon vor Jahren dem Mitarbeiter einer amerikanischen Musikzeitschrift gegenüber einmal in sehr aufschlußreicher Weise ausgesprochen. Der Grundton seines musikalischen Selbstbekenntnisses klang dahin aus, daß er bestimmte „technische Ziele" überhaupt nicht verfolge. „Wenn mich einer meiner Kollegen," meinte er, „nach einem Konzert fragen würde, wie ich diese oder jene besondere Wirkung hervorgebracht habe, so wäre ich unfähig, ihm darauf zu antworten. Man fragt mich, wie ich mein Fühlen meinen Musikern mitteile; ich tue es einfach, ohne daß ich weiß, wie; wenn ich eine Komposition dirigiere, so ist es die erregende Macht der Musik, die mich fortreißt. Ich folge durchaus keinen bestimmten und festen Regeln der Interpretation. Ich setze mich nicht etwa hin und denke mir im voraus aus, wie ich nun jede Note eines Werkes spielen lassen würde. So wechselt denn meine Interpretation in Einzelheiten fast bei jedem Konzert. In Uebereinstimmung mit den Mächten des Gefühls, die in mir besonders stark erregt werden. Aber ich bemerke ausdrücklich: nur in Einzelheiten. Eine Beethovensche Sinfonie heute in einer bestimmten Weise zu erleben und morgen in einem völlig verschiedenen Stil, das wäre ebenso lächerlich wie unlogisch. Das wäre nur der Trick eines Gauklers und hätte mit Kunst nichts zu tun."

Mittwinter und Vogelhochzeit. Nach altem Volksglauben ist mit dem 25. Januar, dem Tag „Pauli Bekehrung", die genaue Mitte und damit der Höhepunkt des Winters erreicht, der von nun an wieder seinem Ende zugeht. Infolgedessen hat dieser Mittwintertag auch eine erhebliche Bedeutung als Wetterglückstag und für die Zukunftsdeutung. „Ist Pauli Bekehrung hell und klar, so hofft man auf ein gutes Jahr", heißt es in der Wetterregel.

An den Mittwintertag knüpft sich aber noch ein anderer alter Aberglaube, nämlich der, daß an diesem Tag die Vögel Hochzeit halten. In einigen mitteldeutschen Gegenden hat sich sogar der Brauch eingebürgert, die Vogelhochzeit mitzufeiern, indem die einzelnen Familienmitglieder, vor allen natürlich die Kinder, Teller aufstellen, die dann mit allerhand guten Dingen gefüllt werden, als Hochzeitsgabe für die Vögel, wie es heißt, in Wirklichkeit aber zum Schmaus für die Kinder selber. Den Vögeln streut man indes auch besondere Brosamen und freut sich, je mehr die gefiederten Gäste an der Hochzeitsmahlzeit teilnehmen, denn das bedeutet Fruchtbarkeit und Wachstumssegen.

So hübsch nun der Glaube an die Vogelhochzeit auch ist, so stimmt er mit der Wirklichkeit doch nicht recht überein, denn es sind sehr wenige unter unseren Vögeln, die mitten im Winter Hochzeit halten. Der bekannteste Winterbrüter ist der Kreuzschnabel, der als richtiger „Zigeunervogel" sein Weibchen sucht, wenn er gerade reichlich im Futter sitzt. Das ist, da er sich von Nadelholzsamen nährt, gewöhnlich im dicksten Winter der Fall. Auch die Wasseramsel, wenn sie gerade in der Nähe forellenreicher Gewässer nistet, läßt sich von ähnlichen Motiven zur winterlichen Hochzeit verleiten und brütet im Januar, wenn die im Spätherbst und Dezember gelaichten Forellen, die der Amsel liebstes Futter sind, aus den Eiern schlüpfen. Die übrigen Winterbrüter, wie z. B. eine Anzahl unserer Raubvögel paaren sich erst im Februar. Die Vogelhochzeit am Tage Pauli Bekehrung ist also mehr ein hübscher Aberglaube als eine Tatsache des Naturlebens.

Spielplanänderung. In den Kammerspielen des Deutschen Theaters gelangt Donnerstag und Sonnabend „Arlecchino" zur Aufführung, da der Pantomimenabend auf den 31. Januar verschoben werden muß.

Bruno H. Bürgel hält am Donnerstag, abends 8 Uhr, im Langenbeck-Virchow-Haus, Luisenstraße 58, einen Lichtbildervortrag über das Thema: „Sind die Sterne bewohnbar?"

Ein Krebspreis. Der kanadische Zeitungsverleger Nicholson hat einen Preis von 100 000 Dollar ausgesetzt für einen Akademiker oder Studenten jeder anerkannten Universität, der innerhalb der nächsten fünf Jahre ein wirksames Heilmittel gegen den Krebs entdeckt. (Leider lassen sich solche Mittel nicht „entdecken", sondern sie müssen in langer Zusammenarbeit der Wissenschaft errungen werden. Besser hätte der reklamesüchtige Spender daran getan, das Geld dem deutschen und anderen Krebsinstituten zu überweisen.)

F82 0152

Kartoffelnot und Kälte.

Eine vollkommene Käuferruhe herrscht auch jetzt wieder in der Zentralmarkthalle. Man sah sich zwar die Waren an, kaufte aber nicht. Nur ein Artikel war sehr begehrt: die Kartoffel. „Schaffen Sie die Kälte ab", meinte ein Händler mit ein wenig Ironie, „und Sie haben wieder Kartoffeln". Es ist zu verstehen, wenn sich die Erzeuger zurzeit weigern, die Mieten zu öffnen, denn ein sofortiges Erfrieren des ganzen Kartoffelbestandes würde die Folge sein, da die Kartoffel nur sehr wenig Kälte verträgt. Behalten wir also den augenblicklich herrschenden strengen Frost auf längere Zeit, so werden wir wohl auf dieses wichtige Nahrungsmittel einstweilen verzichten müssen.

Die Kartoffelstände sind leer, dafür aber sind die Fleischerstände überfüllt. Hier ist alles vorhanden. Kalb-, wie Rind-, Schweine- wie Hammelfleisch. Auch das Wildschwein ist vertreten. Riesige Tiere sieht man hängen oder auf den Verkaufstischen liegen. Die Nachfrage scheint allerdings nur schwach zu sein und man will — trotz der „Billigkeit" — nicht so recht an dieses neue Volksnahrungsmittel heran.

Gute Butter, Margarine und Käse sind ebenfalls reichlich vertreten. Für einen der aus der Friedenszeit wohlbekannten „Sechserkäse", der nur ein wenig größer aussieht, zahlt man heute 3,50 M. Das bedeutet also einen Aufschlag von 7000 Proz. Naturbutter, deren Höchstsatz noch vor einigen Tagen 48 M. betrug, ist heute bis auf 50 M. gestiegen. Die Fischstände sind vereinsamt. Hier und da sieht man wohl ein paar Barse, Hechte oder Viele liegen. Das Geschäft ist auch danach. Wer kann sich denn auch nur ein einziges Pfund Zander kaufen, der bis zu 36 M. kostet? Für ein Pfund Stinte verlangt der Händler 3,50. bis 5 Mark.

Werfen wir noch einen Blick auf die Gemüsestände. Sämtliche Kohlsorten behaupten seit einigen Tagen ihren festen Preis. Rotkohl wird mit 5 M., Weißkohl mit 2,50 M. und Wirsingkohl mit 3,50 M. das Pund angeboten. Selbst die Kohlrübe kostet 1 M. das Pfund. Von Obstkäufen kann keine Rede sein, denn will man einen eßbaren Apfel erstehen, muß man 9 M. für das Pfund anlegen. Der schäbigste Musapfel kostet 4,50 M. Es ist kein Wunder, wenn angesichts dieser Zustände die Hausfrauen in Verzweiflung geraten.

Der Unbekannte.

Ein Brief zu der Affäre vom Michaelkirchplatz.

An die Redaktion des „Vorwärts" ist ein Schreiben mit der Unterschrift „Der Unbekannte" gelangt, in dem sich der Betreffende als den bezeichnet, der in der Notwehr in der Michaelkirchstraße seinen Angreifer, den 28 Jahre alten Maßlonka, erstochen hat. Aus dem sehr ausführlichen Schreiben geben wir zunächst ohne Aenderung des Wortlautes und Stils die ersten Zeilen wieder; sie lauten:

„Ich der Unbekannte danke Oeffentlichkeit sowie die Kriminalpolizei und nicht zu vergessen die Passanten am Michaelkirchplatz für den einigermaßen aufgeklärten Tatbestand der Sache in den Tatschlach des Straßenräubers Maslankas. Ich bedaure aufrichtig, daß ich diesen Menschen in ein Blühendes Alter, in nicht absichtlicher Weise erstochen habe. Ich könnte meinen, mein jüngster Sohn war gerade so alt. Aber ich mußte mir mein Leben selber retten."

Im weiteren Verlauf seines Schreibens versucht dann der Unbekannte, eine genaue Beschreibung des Vorfalles zu geben. Danach ist er mit der „Polnischen Wanda" auf einen Hausflur gegangen, wo sie ihm erst das Portemonnaie mit zirka 90 M. abgenommen hat. Als er das Mädchen ersuchte, ihm das Geld wiederzugeben, habe sie „Leol" gerufen. Der Gerufene sei auch erschienen, und habe ihm außerdem auch noch die Brieftasche mit 105 M. Inhalt geraubt. Infolgedessen sei es zwischen ihnen beiden zum Kampf gekommen, in dessen Verlauf der Zuhälter das Messer zog. Der Angegriffene zog nun seinerseits sein Messer und stach auf den Angreifer ein, was dessen Tod zur Folge hatte.

Auch in dem weiteren Verlauf des Briefes kommt zum Ausdruck das rein menschliche Bedauern des Schreibers über den unglücklichen Ausgang dieses seines Aktes der Notwehr. Um so unverständlicher ist es, daß der Betreffende sich nicht der Polizei stellt. Er meint zwar, daß ihm als Arbeiter zur Belohnung das Zuchthaus blühen werde, aber wenn sonst gegen ihn nichts vorliegt, ist doch diese Befürchtung ganz bestimmt unbegründet.

Der Unbekannte, dessen Tat auch die Kriminalpolizei lediglich als einen Notwehrakt ansieht, wird nun erneut gebeten, sich ungesäumt zur Klärung des Tatbestandes bei Kriminalkommissar Engelbrecht in der Abteilung 4 des Polizeipräsidiums zu melden. Nach den von der Polizei gegebenen Zusicherungen ist gar nicht daran zu zweifeln, daß der Briefschreiber, der als wichtigster Zeuge in Frage kommt, nicht festgehalten wird.

Die Linien U und A werden verlängert.

Verbesserungen im Straßenbahnverkehr sollen in nächster Zeit auf zwei Linien zur Durchführung gelangen. Da eine Verstärkung der Wagenfolge auf den einzelnen Linien wegen des Mangels an Trieb- und Anhängewagen nicht möglich ist, wird versucht, durch Ausgestaltung und Verlängerung einzelner Linien, die bis jetzt nur schwach belebt sind, eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit unter gleichzeitiger Entlastung anderer Linien zu erzielen. Aus diesem Grunde wird die Linie U, die später die neue Nummer 75 erhalten soll, bereits Anfang März nach dem Stadtinnern durchgeführt werden, durch die Französische Straße, Königstraße, Alexanderplatz bis zur Knisprodestraße. Die Wagenfolge wird die gleiche sein wie bisher; durch die Weiterführung wird eine wertvolle neue Verbindung zwischen dem Westen und dem Nordosten Berlins geschaffen. — Eine weitere Linienänderung wird den südwestlichen Vororten und dem Norden der Stadt zugute kommen. Die Linie A, die bisher von Grunewald nach der Linkstraße (Potsdamer Platz) gefahren wurde, soll voraussichtlich schon von Mitte kommenden Monats ab durch die Budapester Straße, Brandenburger Tor, Dorotheenstraße, Artillerie- und Borsigstraße bis zum Stettiner Bahnhof verlängert werden.

Die Millionenfälschungen einer ungarischen Bande

beschäftigen seit geraumer Zeit die deutschen und ausländischen Kriminalbehörden. Die Mitglieder der Gesellschaft, die überall sehr vornehm auftraten, sich Automobile hielten und in den ersten Hotels wohnten, fälschten Schecks auf amerikanische und Schweizer Banken und verschafften sich darauf große Summen, zuletzt in Wien noch 14 Millionen Kronen. Der größte Teil der Gesellschaft wurde in Berlin von der Dienststelle B der Kriminalpolizei verhaftet. In Genua wurden seinerzeit ein Ingenieur Melchior Herworth dös Hasse und ein gewisser Hermet verhaftet. Herworth jedoch wurde irrtümlich wieder entlassen. Seitdem sucht ihn die Kriminalpolizei wieder in Berlin, weil man vermutete, daß es hierher zurückkehren werde. Diese Annahme hat sich jetzt als richtig erwiesen. Herworth wurde in einem Hotel in der Mittelstraße, wo er mit einer Dame unter dem Namen Baes Hasse abgestiegen war, von einem Beamten, der mit der Fahndung beauftragt war, erkannt und erneut festgenommen. Die Dame hatte er in Rio de Janeiro kennengelernt. Er machte mit der Brasilianerin Reisen durch Oesterreich, Schweiz, Italien und Deutschland und stand im Begriff, mit ihr nach Brasilien zurückzukehren. Der Verhaftete wird der Wiener Staatsanwaltschaft überliefert werden.

Lebenswichtige Betriebe und Allgemeinwohl.

Reichskonferenz der Gas-, Kraft- und Wasserwerksarbeiter.

Kassel, den 24. Januar 1922.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hielt in den letzten Tagen in Kassel eine Konferenz der in den sogenannten lebenswichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiter ab. Ihre Bedeutung wird schon durch die anwesenden Gäste bewiesen. Vertreten waren der Beirat der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des ADGB., der Vorläufige Reichswirtschaftsrat, das Gaskokssyndikat, die Stadtverwaltung Kassel, das Gewerkschaftskartell Kassel, die „Feka" und der „Butab". Besonders erwähnt zu werden verdient, daß die Internationale sehr stark vertreten war. Es waren erschienen: Maerevoet und Uytroever-Belgien, Jaquet, Krieger, Pichot-Frankreich, van Hinte, van Meurs-Holland, Gulbrandsen-Norwegen, Nordgren-Schweden, Dr. Oprecht-Schweiz, Thomsen und Ibsen-Dänemark.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die technische Entwicklung in den Gas- und Wasserwerken" sprach Prof. Dr. K. Bunte-Karlsruhe. Der Redner gab ein ausführliches Bild der Entwicklung der Gaserzeugung. Die kleineren Gaswerke arbeiteten zu unrentabel. Die Entwicklung werde dahin gehen, daß in der Nähe größerer Kohlenlager die großen Gaswerke erstehen und das Gas in Fernleitungen in die Umgebung geleitet würde. Bei den Wasserwerken müsse man drei Gruppen unterscheiden: die Quellwasserleitungen, diejenigen, die auf das Grundwasser zurückgreifen und drittens die Ausnützung der Seen und Flußläufe (des Oberflächenwassers). In eingehender Weise erläuterte der Referent die Verschiedenartigkeit der drei Gruppen, von denen die erste die billigste sei.

„Die technische Entwicklung und die Sozialisierung der Elektrizitätsindustrie" behandelte Betriebsingenieur Dohle-Essen. In gründlichen, durch zahlreiches Zahlenmaterial gestützten Ausführungen wies er nach, wie die Elektrizitätswirtschaft sich entwickelt und welche Anwendung die Elektrizität im Laufe der Jahre gefunden habe. Der Gedanke der Sozialisierung der Elektrizitätsindustrie sei nicht erst nach der Revolution aufgetaucht. Schon vor dem Krieg hätten streng konservative Leute und auch Industrielle die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft propagiert. Dem neuen Volksstaat aber wollen sie nicht zugestehen, was sie dem alten Obrigkeitsstaate, in dem sie die führende Rolle spielten, ohne weiteres zu geben bereit waren. Das inzwischen geschaffene Gesetz über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft befriedige zwar weder den Techniker noch den Sozialisten, aber immerhin sei es ein unbestrittener Erfolg. Die Volkswirtschaft werde einen ungeheuren Vorteil davon haben. Die Sozialisierung sei aber auch eine Menschenfrage. Wir müßten deshalb das Streben nach Verwirklichung der sittlichen Ideale, wie sie im Sozialismus schlummern, mit allen Kräften unterstützen, denn würde auch der geistige und wirtschaftliche Wiederaufbau in Deutschland möglich werden.

Direktor R. Heckmann-Berlin referierte über „Die wirtschaftliche Entwicklung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und deren Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse." Er führte aus, daß die wirtschaftliche Entwicklung auch eine Kehrseite habe: Arbeitslosigkeit durch Einführung arbeitsparender Maschinen und neuer Ofensysteme, dazu komme die Ferngasversorgung, die bereits in 110 Orten bzw. von größeren Gruben aus eingeführt sei. Die wirtschaftlichen Grundlagen der Werke seien von größtem Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, besonders bei kommunalen Betrieben. Heckmann besprach den Zusammenschluß der Gaswerke zur Verwertung der Nebenprodukte, zur Herstellung von Bedarfsgegenständen und die Einkaufsvereinigung. Das seien alles Maßnahmen, um die Werke rentabler zu gestalten. Durch den Abschluß von Tarifverträgen, wobei die Arbeitnehmer gleichberechtigte Vertragspartei wären, seien die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedeutend verbessert worden. Ausführlich ging der Redner dann auf die Frage der Gewinnbeteiligung der Arbeiter ein, die abgelehnt werden müsse.

In der sehr eingehenden Aussprache wurde die Gewinnbeteiligung der Frankfurter Gasarbeiter sehr scharf kritisiert. Verschiedene Redner wandten sich gegen die Versuche einer „Stinnesierung" der lebenswichtigen Betriebe. Verlangt wurde eine sechsstündige Schicht für die Gasarbeiter. Auf Anregung Heckmanns wurde der Verbandsvorstand beauftragt, an den Reichskohlenrat und den Reichskommissar für die Kohlenverteilung das Ersuchen zu richten, Maßnahmen zu treffen, die eine größere Reinheit der gelieferten Kohlen gewährleisten, um so die Werke vor Millionenverlusten zu bewahren.

Ueber den wichtigsten Tagesordnungspunkt: „Kommunalisierung, Entkommunalisierung, Sozialisierung" sprach Verbandsvorsitzender Müntner. Die Grundzüge seines Referats sind in einer einstimmig angenommenen Entschließung niedergelegt, in der die Konferenz erklärt: „Im Interesse der Durchführung einer gesunden, das Allgemeinwohl fördernden Kommunalpolitik ist es unbedingt geboten, die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerkbetriebe in den Besitz der öffentlichen Hand zu überführen. Ein Verbleiben dieser Betriebe in dem Besitz des Privatkapitals würde diesem einen starken wirtschaftlichen und politischen Machtfaktor ausliefern, mit dessen Hilfe es den privaten Interessenten möglich wäre, alle von den öffentlichen Verwaltungen geplanten, im Interesse des Allgemeinwohls liegenden Maßnahmen zu durchkreuzen. Die Behauptung, daß die privaten oder auch die sogenannten gemischt-wirtschaftlichen Betriebe rationeller betrieben werden könnten als die Regiebetriebe, ist durch nichts erwiesen und hält einer objektiven Prüfung auch nicht stand. Es steht vielmehr fest, daß das Wirtschaftsergebnis gutgeleiteter Regiebetriebe dem gleichartiger Privatbetriebe mindestens gleichsteht. Die technische und kaufmännische Betriebsführung der Regiebetriebe kann und muß zu höchster Vollkommenheit ausgebildet werden, was mit Unterstützung der Sach- und Fachkenntnisse der Betriebsräte möglich und notwendig ist. Durch die Schaffung auskömmlicher Lohn- und Arbeitsbedingungen wird es möglich sein, eine Arbeiterschaft heranzubilden, die durch gesteigerte Arbeitslust und entsprechendes Interesse am Betriebe die Wirtschaftsergebnisse der Regiebetriebe jedem nur dem Privatprofit dienenden Betriebe überlegen macht. Allen Entkommunalisierungsbestrebungen muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegengewirkt werden. Sie erwartet von den Vertretern der politischen Arbeiterparteien, insbesondere aber von ihrer allein zuständigen Organisation, dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter, daß alle Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, die Gelüste des Privatkapitals auf die öffentlichen Betriebe abzuweisen. Nicht Entkommunalisierung der kommunalen Betriebe, sondern Sozialisierung aller Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke ist das Ziel, dem wir mit allen verfügbaren Kräften hinzuarbeiten fest entschlossen sind."

Emil Dittmer-Berlin, der Redakteur der Verbandszeitung, referierte über das Thema: „Der Entwurf zum Arbeitszeitgesetz." Hierzu wurde eine vom Referenten vorgelegte Entschließung einstimmig angenommen, in der die Konferenz feststellt, „daß trotz der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. November 1918 der achtstündige Arbeitstag (48-Stunden-Woche) in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken noch nicht allgemein eingeführt ist. Die Schichtarbeiter, welche die schwerste Arbeit verrichten, sind es besonders, die noch immer bis zu 56 Stunden in der Woche fronen müssen. Anstatt sich nun zu befleißigen, die überlange Arbeitszeit auf die gesetzlich normierte Stundenzahl herabzusetzen, sind Unternehmertum und Verwaltungsbehörden auf das eifrigste bemüht, den Achtstundentag wieder zu beseitigen. Diesen Bestrebungen kommt der neue Gesetzentwurf über die Arbeitszeit gewerblicher Betriebe entgegen. Er beseitigt nicht nur den Achtstundentag für einen erheblichen Teil der Gemeinde- und Staatsarbeiter, sondern läßt in kontinuierlichen Betrieben, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, die 56-Stunden-Woche bestehen, ferner bei Schichtwechsel die Doppelschicht. Die Reichskonferenz protestiert deshalb auf das entschiedenste gegen alle Bestrebungen, die dahin zielen, den Achtstundentag zu beseitigen, gleichviel ob diese von dem Unternehmertum, den Verwaltungsbehörden oder von der Gesetzgebung kommen. Die Konferenz fordert die Kollegenschaft zu energischer Abwehr gegen solche reaktionäre Maßnahmen auf. Im Einklang mit der Internationalen Arbeitskonferenz in Washington und allen freigewerkschaftlichen und sozialistischen Arbeiterkongressen fordert die Konferenz daher die konsequente Durchführung des Achtstundentages. Weiter fordert die Konferenz eine wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von 36 Stunden, sowie einen ausreichenden Erholungsurlaub, um die Schäden, die sich aus der Berufstätigkeit ergeben, zu mildern."

Den Schluß des Kongresses bildeten Referate, die sich mit den Aufgaben der Betriebsräte, mit internen Organisationsfragen, den Unfallgefahren und Berufskrankheiten sowie deren Bekämpfung beschäftigten.

In der Aussprache klagte ein saarländischer Delegierter über die Leiden, die die Arbeiter des Saargebietes unter der französischen Herrschaft zu erdulden haben.

In einer einstimmig angenommenen Resolution erkennt die Konferenz an, daß zur nachdrücklichen Wahrnehmung ihrer Interessen eine starke einheitliche Organisation notwendig ist. Aus diesem Grunde lehnt sie entschieden alle Bestrebungen ab, die darauf hinauslaufen, Teile der Organisation, sei es aus besonderen aber falsch verstandenen Berufsinteressen oder parteipolitischen Motiven, abzusplittern. Dieses Bekenntnis zur Einheit bildete den würdigen Abschluß der arbeitsreichen Tagung. Sie hat aufs neue erwiesen, daß sich die Gewerkschaften und ihre an verantwortlicher Stelle stehenden Funktionäre ihrer hohen Mission bewußt sind und daß sie nichts scheuen, um ihre Kenntnisse auf wirtschaftlichem und fachtechnischem Gebiete zu erweitern, um so das Gewonnene nutzbringend anzuwenden zum Wohle der Allgemeinheit, der sie dienen.

*

In der heutigen Morgenausgabe war der Schluß des Berichts versehentlich an den „Manteltarif der Gemeindearbeiter" angehängt worden.

„Nadel und Schere". Berlin beginnt sich auch als Messestadt einzuführen. Unter dem Titel „Nadel und Schere", 1. Allgemeine Warenausstellung sämtlicher Rohmaterialien und Zubehörteile für das Schneidereigewerbe, hat sich im Saalbau der Brauerei Friedrichshain für die Tage vom 25. bis 27. Januar eine Fachschau aufgetan, die Zeugnis dafür ablegt, wie ungemein vielseitig der Gesamtbedarf aller mit Nadel und Schere hantierenden Berufe ist. Neben den neuesten Errungenschaften auf maschinentechnischem Gebiet wird auch die Herstellungsweise und Fabrikationsmethode einzelner Warengattungen veranschaulicht. Die Ausstellung hat nicht nur Interesse für Damen- und Herrenschneiderei, sondern auch für verwandte Zweige, wie Wäschenäherei und Pelzbearbeitung, nicht zumindest aber auch für unsere Hausfrauen. Die Eröffnung der Ausstellung fand heute vormittag vor geladenen Vertretern der Behörden und befreundeten Körperschaften statt.

Die Stiftung eines Vogelfreundes. Der Gutsbesitzer Otto von Schluckmann in Rügen hat der Gemeinde Hermsdorf und der Stadt Berlin die Summe von 3000 M. gestiftet. Die Zinsen sollen zur Errichtung von Futterplätzen und Häuschen und zur Fütterung der Singvögel in der kalten Jahreszeit verwendet werden. Die Stiftung soll ihren Sitz in Hermsdorf haben und die Bezeichnung „Otto-von-Schluckmann—Gertrude-Taddra-Stiftung" führen. Die Bezirksversammlung in Reinickendorf hatte in ihrer letzten Sitzung die Annahme dieser Stiftung beschlossen.

Ein räuberischer Einbruch wurde mit großer Frechheit in der vergangenen Nacht in der Villa des Oberingenieurs Grüning am Maximilians-Korso in Frohnau verübt. Die Einbrecher hatten jedenfalls ausgekundschaftet, daß die Villa nachts allein lag, da die Frau des Besitzers verreist war, er selber sehr spät nach Hause kam und nur das Mädchen anwesend war; sie drangen deshalb unangehindert ein und während einer der Kerle mit dem Revolver das Mädchen in Schach hielt, packten die anderen Gegenstände im Wert von 80 000 M. ein und suchten damit das Weite. Als der Ingenieur nachts nach Hause kam, benachrichtigte er die Polizei, jedoch konnte keine Spur mehr festgestellt werden.

In der Deutschen Friedensgesellschaft spricht heute, abends 7½ Uhr, im Gasthaus Linder, Pankow, Breite Straße, Pastor Francke über „Was will der internationale Pazifismus?" Freie Aussprache.

Eine Papiermesse veranstaltet der Landesverband Brandenburg im Reichsbund deutscher Papier- und Schreibwarenhändler vom 25. bis 28. Februar in dem Gebäude der Landesversicherungsanstalt, Am Köllnischen Park 3.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und größtenteils heiter bei strengem Frost und scharfen östlichen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

Streik der Portefeuiller.

In zwei überfüllten Versamlungen, die beide gleichzeitig im Gewerkschaftshause tagten, wurde wurde heute von den Arbeitern in der Lederwarenbranche, die im Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller organisiert sind, der Streik beschlossen. Abgegeben wurden insgesamt 2565 Stimmen davon waren **2297 für den Streik, 213 gegen** und 55 ungültig.

Die Forderungen der Streikenden sind 5 M. Zulage stündlich für alle männlichen Arbeiter über 23 Jahre, für weibliche 75 Proz. auf alle Löhne. Auf Akkordarbeiten 20 Proz. über den Mindestlohn.

Ueber diese Forderungen ist zentral in Eisenach mit den Arbeitgebern verhandelt worden, worauf den Berliner Unternehmern ein Ultimatum gestellt wurde, sich bis spätestens heute (Mittwoch) früh zu entscheiden. Da eine Bewilligung der Forderungen nicht erfolgt ist, wurde in der Aussprache von den Rednern überwiegend der Streik gefordert.

Zur Eisenbahnerbewegung.

Die Bezirksleitung Sachsen des Deutschen Eisenbahnerverbandes schreibt uns:

Unter den Eisenbahnern wird die Nachricht verbreitet, in **Chemnitz** und **Leipzig** sei die Arbeit eingestellt worden und das übrige Land werde bald folgen. Diese Meldung ist eine unverantwortliche **Irreführung** der hiesigen Eisenbahnbeamten und Arbeiter, denn uns wird von verantwortlicher Seite aus genannten Städten und aus dem gesamten Lande mitgeteilt, daß unsere Mitglieder einen **unorganisierten Streik entschieden ablehnen**. Die Mitglieder im Lande sind in der übergroßen Mehrheit davon überzeugt, daß die begonnenen **Verhandlungen abgewartet werden** müssen und die unbedingt erforderliche Vorarbeit zur Verhandlung über Sachsen im Interesse der gesamten Eisenbahner auf keinen Fall gestört werden darf.

Wir legen besonderen Wert darauf, festzustellen, daß **alle Meldungen**, welche in der Presse nicht **direkt** als von der **Bezirksleitung Sachsen** des Deutschen Eisenbahnerverbandes ausgehen und über die Haltung des DEV. in irgendeinem Punkte berichten, **unzuverlässig** sind und mit dem größten Mißtrauen aufgenommen werden müssen.

Die Zigarettenfabriken „Tassi-Thespia“ und „Karmitri“ zahlen in ihren Betrieben in **Muskau** (Oberlausitz) den gelernten Schlossern, welche als Maschinenführer angelernt wurden, einen **Stundenlohn von 5 M.** Arbeiterinnen bis zu 16 Jahren erhielten 1,40 M., über 16 bis 18 Jahre 1,90 M. und über 18 Jahre 2,40 M. pro Stunde. Da mit diesen Hungerlöhnen bei der steigenden Teuerung auch in Muskau nicht auszukommen war und die Firma mit einer Zulage von 10 Pf. pro Stunde glaubte die Teuerung ausgeglichen zu haben, suchten die Arbeiter Hilfe bei ihrer zuständigen Organisation und verlangten die Löhne, welche in der sächsischen Zigarettenindustrie festgelegt sind. Auf die eingereichten Forderungen der beiden beteiligten Verbände wurde den Gauleitungen mitgeteilt, daß die Betriebsleitung es ablehne, in irgendwelche Verhandlung über eine Lohnzulage einzutreten, da die gezahlten Hungerlöhne ausreichend wären. Da mit der Betriebsleitung eine Einigung unmöglich war und der Schlichtungsausschuß von Muskau es ablehnte, vermittelnd einzugreifen, blieb der Belegschaft nur das letzte Mittel: der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Arbeitsniederlegung erfolgte am Montag. Die Streikenden erwarten von der Arbeiterschaft Deutschlands, daß sie jeglichen Zuzug fernhält und keine Streikbrecherarbeit verrichtet.

Der Manteltarif im Gastwirtsgewerbe, der in einigen strittigen Punkten durch Schiedsgerichtspruch des Arbeitsministeriums geordnet werden mußte, wurde von der Berliner Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten am 20. Januar ohne Debatte einstimmig angenommen.

Die für unsere Gruppe an die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber eingereichte Forderung auf Zahlung eines Teuerungszuschlages von 125 M. pro Woche für alle Angestellte fand ebenfalls die Zustimmung der Versammlung.

Der Vorsitzende verlas dann eine **Erklärung des Vorstandes**, in der gesagt wurde, daß der Vorstand nach Aufhebung seines Beschlusses auf Ausschluß der Kollegen Richter, Schlör, Reschke, Lenkeit nicht mehr in der Lage sei, die Geschäfte weiterzuführen. Daraufhin beantragte Saar, sofort die Wahlen der beiden Vorsitzenden und der Kassierer vorzunehmen, was auch beschlossen wurde. Die Wahl ergab für **Burde** 101 Stimmen, für **Schlör** 29 Stimmen. Als zweiter Vorsitzender wurde **Saar** mit 71 gegen 55 Stimmen, die für **Richter** abgegeben wurden, gewählt. Als Kassierer wurden die beiden bisherigen Kollegen **Warnat** und **Singer** einstimmig wiedergewählt.

Der Antrag des Vorstandes, die **Wochenbeiträge der Arbeitslosen** auf die mit der Hauptverwaltung abzurechnenden Grundbeiträge zu erhöhen, fand bei den Arbeitslosendelegierten energischen Widerspruch. Die Angelegenheit wurde vertagt und beschlossen, sie in der nächsten Generalversammlung als ersten Punkt der Tagesordnung zu behandeln.

Der Beginn der Tagung verzögerte sich um zirka eine Stunde, da die Delegierten, die nicht der kommunistischen Fraktion angehörten, sich zu einer **Sonderberatung** zurückgezogen hatten, um zu der gegenwärtig geschaffenen Lage der Ortsverwaltung Stellung zu nehmen. Das Ergebnis war das Resultat der Vorsitzendenwahl. Die Kommunisten waren hierüber arg enttäuscht, glaubten sie doch auf Grund der letzten Generalversammlung, den Zweigverein Groß-Berlin schon fest in Händen zu haben. Die Verärgerung kommt auch in Nr. 36 der „Roten Fahne“ unverblümt zum Ausdruck, in der gegen die abgehaltene Sonderkonferenz energisch protestiert wird. Es wird aber verschwiegen, daß der Kommunist **Richter ebenfalls** während der Versammlungszeit durch Plakat die Anhänger der KPD. und der USPD. zu einer Sonderkonferenz einlud, die aber wohl wegen zu schwacher Beteiligung abgebrochen werden mußte. Was die Kommunisten für sich als selbstverständlich halten, machen sie den Anhängern der anderen Parteien zum Vorwurf.

Die Werkmeister in der Metallindustrie hatten sich am Dienstag in großer Zahl auf Einladung des Deutschen Werkmeisterverbandes in der Bötzow-Brauerei zusammengefunden, um sich mit der Gehaltsfrage zu beschäftigen. Der Referent **Rothe** berichtete über die Verhandlungen der Afa-Verbände mit dem Verbande Berliner Metallindustrieller am 18. Januar. Den Industriellen lagen auch die von der Vertretung der Werkmeister aufgestellten Forderungen für eine Neuregelung ihrer Bezüge vor. Im Dezember war die Kündigung der Gehaltssätze für den Januar ausgesprochen worden. Der Verein Berliner Metallindustrieller lehnte bekanntlich jedwede Zulagen für Januar ab, da eine weitere Teuerung im Januar gegen Dezember nicht eingetreten sei. Die Unternehmer spekulieren sogar auf die ermäßigten Steuerabzüge, die sie auf ihre Art berücksichtigt wissen wollen. Am 28. Januar soll mit den beteiligten Organisationen in einer kleineren Kommission über Gehaltszulagen für Februar verhandelt werden. Man glaubt, den Angestellten bei diesen Verhandlungen auch einen Ausgleich bieten zu können für das, was ihnen im Januar entgangen sei. (Gelächter.) In der sehr lebhaften Diskussion kam allgemein starker **Unwille** gegenüber dem Verhalten des Vereins Berliner Metallindustrieller zum Ausdruck. Man vertrat den Standpunkt, daß dem Willen des organisierten Unternehmertums der Wille der organisierten Werkmeisterschaft energisch entgegenzustellen sei.

Folgende **Resolution** wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammelten erklären die Aeußerung des Vereins Berliner Metallindustrieller, daß für den Januar keine erhöhte Teuerung bestehe, für eine Frivolität. In solcher Verständnislosigkeit gegenüber den Angestellten glauben die Versammelten kein Zeichen eines gedeihlichen Zusammenarbeitens im Interesse des Aufbaues unseres Wirtschaftslebens erblicken zu können. Wir wollen den Kampf nicht, ziehen ihn aber evtl. der Verelendung unserer Familie vor, wenn es nicht gelingen sollte, ein besseres Verständnis für eine gerechte Entlohnung zu finden.“

Achtung, Dachdecker und Berufsgenossen! Laut Schiedsspruch des Bezirksschlichtungsausschusses für das Dachdeckergewerbe von Groß-Berlin am 20. Januar 1922, beträgt der **Stundenlohn** für den Dachdecker **ab 23. November 1921** bis 22. Dezember 1921 11,75 M.; vom 23. Dezember 1921 bis 10. Januar 1922 12,25 Mark; vom 11. Januar 1922 bis 25. Januar 1922 12,75 M. und **ab 26. Januar 1922** 13,50 M. Für die **Hilfsarbeiter** in allen Stufen 65 Pf. weniger. Nachzahlung muß erfolgen; wo sie bis Sonnabend, den 4. Februar nicht erledigt ist, erwarten wir umgehend Mitteilung.

Der Wochenbeitrag beträgt ab erste Woche 1922 10 M.

Der Vorstand.

Rußland- und Georgienhilfe.

Bei der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend gingen ferner folgende Beiträge ein: Verband der Schuhmacher, auf Listen, 4167,50 M., Kollegen der Firma Schütze u. Freundt 600 M., Brauerei Engelhardt, Abt. Pankow, 352 M., Verband der Fabrikarbeiter 10 000 M., Deutscher Holzarbeiterverband 9000 M., Deutscher Eisenbahnerverband 1918,45 M., Bezirksverband der USPD., auf Listen, 4824 M., Verband der Kupferschmiede 2000 M., Verband der Steinarbeiter 600 M., auf Listen 1473,50 M., E. R. 100 M., Verband der Sattler und Tapezierer, auf Listen, 882 M., Verband der Steinsetzer, auf Listen, 833 M., Verband der Glasarbeiter II, auf Listen, 2944,30 M., M. Grigoleit 30 M., Firma K. Schneppel in Ohligs 500 M., Deutscher Eisenbahnerverband 52 M., Verband der Dachdecker 169,50 M., Volksbildungsamt Reinickendorf 100 M., Morgensprache der Sängerchöre: Berliner Schubert-Chor, Meiningenscher, Weißensee und „Lerche“, 711,50 M., Verband der Hutmacher, auf Listen, 1209,50 M., Betriebsrat der BEG., Friedrich-Karl-Ufer, 628,50 M., H. Kahlen 50 M., Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, auf Listen, 5285,70 M., Verein der Berliner Buchdrucker, auf Listen, 1086,80 M., Deutscher Transportarbeiterverband 4543,65 M., Verband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, auf Listen, 386,50 M., Deutscher Arbeiter-Sänger-Bund, Gau Berlin, Bezirk 5, 350 M., Deutscher Buchbinderverband 10 319 M., Lothar Moraitek 12 M., Verband der Fabrikarbeiter 2300 M., Verband der Bäcker und Konditoren, auf Listen, 4036,75 M., Firma Trunck u. Co., durch Wille, 160 M., Verband der Fleischer 1000 M., Deutscher Metallarbeiterverband 140 000 M., Verband der Töpfer, auf Liste, 40 M. In Summa 233 966,65 M. Bereits quittiert 2 008 443,45 M. Gesamtsumme 2 2[illegible] 409,10 M. Gelder durch die Post sind an die Adresse Hans **Biewweger**, Berlin SO. 16, Engelufer 24/25, zu richten.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 883, 884, 885, 886.
Donnerstag, den 26. Januar, abends 7 Uhr, in den „Sophiensälen“, Sophienstr. 17/18
Branchenversammlung
der Werkzeugmacher u. Werkzeugschleifer.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht der Branchenleitung. 2. Neuwahl der Branchenleitung. 3. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.
Vor der Branchenversammlung findet um 6 Uhr im kleinen Saal eine außerordentliche Konferenz der Vertrauensleute statt. 110/11

Spezialarzt Dr. Feldmann
behand. schnell gründlich, mögl. schmerzl. u. ohne Berufsstörung, Geschlechtskrankheiten, geh. Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Neue Methoden Harn- u. Blutuntersuchung.
Königstr. 34-36, Bahnhf. Alexdpl. Spr. 10-1, 5-7½. Snt. 10-1.

Brillanten Gold- und Silber-Bruch
sind bei der heutigen Valuta
große Werte!
Nur das reelle Juwelengeschäft, welches Selbstverbraucher ist, bietet Ihnen Gewähr für die bestmögliche Verwertung Ihres Schmuckes.
Otto Köppen, Juwelier,
Große Frankfurter Straße 105,
- bis 7 Uhr Gegründet 1888

Korb- u. Rohrmöbel
Eig. Fabrik, stets hervorrag. Neuh. Gr. Ausw. billi Preise
Edmund Voß, Bln-Neukölln
Berliner Str. 14, Nähe Hermannplatz — Tel.: Neukölln 2264
Reparatur sämtl. Korbwaren

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preise einzig dastehende
Trauringe
1 Ring, Dukatengold, von 200,— an
1 Ring, 585 gestempelt, von 180,— an
1 Ring, 333 gestempelt, von 70,— an
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt.
Ausführlicher Katalog gratis!
H. Wiese, Juwelier
Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12
3 Min. v. Bahnh. Friedrichstr. 1 Min. v. Wittenb.-Pl. Nähe Zo.
Telephon: Norden 1338. — Handelsgerichtlich eingetragene Firma.

Arbeitskleidung
Hosen
von 45,— bis 225,— M
Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware! billigste Preise.
Gerh Kohnen
Neukölln,
Hermannstraße 76/77.

Den ältest. Damen- oder Herrenhut
pressen wir auf d. neuest. schicksten Formen zu den billigst. Tagespreisen bei
Lina Krüger
vis-a-vis Bf. Hermannstr.

Neukölln, Möbel-Vertrieb
Ludwig Rogasner
Kaiser-Friedrich-Straße 60
Ecke Anzengruberstraße.
Fernsprecher: Neukölln 9080
Spezialität:
Schlafzimmer
Küchen
Beacht. Sie m. Qualit. u. Preise

Everth & Mittelmann
Bankgeschäft
Gegr. 1875 Berlin C 19, Petripl. 4 Gegr. 1875
gegenüber d. Petrikirche
Fernspr.: Zentrum 3373, 7103 u. 11541
An- u. Verkauf v. Effekten u. Coupons
Geschäftszeit 9—4

Keine Einzelpaare, sondern Alle Größen!

Die neuesten Modeschlager
in großer Auswahl billig!

Gelegenheitskäufe:
Eine Reihe ganz besonders billiger Angebote.
Unser Angebot bezieht sich nicht auf sogenannte Einzelpaare, sondern diese Sachen sind in allen Größen und in großer Menge am Lager. Auch handelt es sich hier nicht um minderwertige Waren, sondern fast ohne Ausnahme um gute, reelle, haltbare Ware. Neuerdings sind die Lederpreise wieder ganz enorm gestiegen, so daß jetzt wiederum mit einer kolossalen Preissteigerung für Schuhwaren zu rechnen ist — Wir zeigen Ihnen gerne, ohne daß Sie kaufen, diese Gelegenheitskäufe und unsere billigen Preise. Kommen Sie bitte zu uns und überzeugen Sie sich.

Feinfeine Lackschuhe mit Riemen, Spangen od. z. Schnüren, 198.-
die neuesten Fassons, z. T. mit kleinen, unscheinbaren Schönheitsfehlern, sehr feines Fabrikat, fast alle Größen

Feinfeine Luxus-Musterpaare 298.-
die allerneueste, ganz spitze Form mit niedrigem Absatz, in Lack mit weiß u. beige Einsatz, in Wildleder weiß Nubuck und grau u. braun Chevreaux u. Boxkalf nur Größe 37

Echt Boxrind und echt R.-Chevreaux
mit und ohne Lackkappe, moderne, sehr hübsche Stiefel
168.-

Braun echt Chevreaux u. Chromleder, Schnür- u. Spangenschuhe 108.-	98-
Schnürschuhe Chromleder m. Lackkappe, moderne, kurze Form	98^50
Echt Boxkalf mit u. ohne Lackkappe sowie echt R.-Chevreaux	148-
Spangenschuhe moderne Form, hoher, schicker Absatz	88-
Lackspangenschuhe moderne Form, hoher Absatz	168-
Kamelhaarstoffschuhe mit Filz- u. Ledersohlen, sehr gut, 36—41	36-

Kinderstiefel:

Kräftiges Leder 27-30 49.—, 25-26; Herrchen 36-39 119.—	39-
Echt Rindbox 31-35 119.—, 27-30	98^50
Gefärbt. Rindleder, sehr schön u. haltbar, 27—30 69.50, 31—35 79.50, 25-26	59-
Turnschuhe 27—29 14,50, 25-26	12^50

Damenstiefel Chromleder	96^50
Rindbox u. R.-Chevreaux m. Lackk. sow. Hochschaftstiefel i. Chromleder	169-
Eleg. Hochschaftstiefel m. Lackkappe, Echt Boxkalf u. echt Chevreaux	189-
Feinfeine Hochschaftstiefel Echt Chevreaux u. Boxkalf, Orig. Goodj.-Welt	billig.

Echt Boxkalf sowie braune Boxrind mod. rue breite Form mit Derbyschnitt	198-
Echt Chevreaux Goodj.-Welt moderne Form	268-
Hübscher, haltbarer Strassenstiefel, echt Rindleder mit Sportnähten	158-
Feinfeine Luxussachen in Lack, Boxkalf und Chevreaux mit Stoffeinsätzen	billig.

Grossdetail-Schuh-Lokal Behrndt nur: Münzstr. 25
Untergrundbahnh. Alexanderplatz
Zweiggeschäft: Frankfurter Allee 54